



Große Veränderungen zeigen sich oft zuerst im Kleinen – zum Beispiel in dem Örtchen Reinsberg in Sachsen. Dort, 35 Kilometer westlich von Dresden, verhinderten die Einwohner im vergangenen Herbst mit einem Trick im letzten Moment, dass Rechtsextreme in das Schloss Reinsberg einziehen konnten. Guerilla-Aktivisten der Identitären Bewegung wollten die Prestige-Immobilie aus dem Mittelalter als Schulungszentrum und neues Hauptquartier des »patriotischen Widerstands« nutzen. Als ein aufmerksamer Bürger erkannte, wer sich da für die ehemalige Ritterburg interessierte, schmiedeten die ansässigen Vereine, der Gemeinderat, das Landratsamt und der Staatsschutz der Polizei innerhalb weniger Wochen gemeinsam einen Plan: Obwohl der Kaufvertrag bereits unterschrieben war, legte der Ort aus Denkmalschutzgründen sein Veto ein – und kaufte das Objekt selbst.

Seit fünf Jahren, seit der Debatte über den Umgang mit Geflüchteten, ist die Neue Rechte in Deutschland immer wirkmächtiger geworden. Die Gefahr, die von ihr für die Demokratie ausgeht, wurde seitdem oft beschworen und in Talkshows immer wieder debattiert. Im Lärm der Warnungen geht jedoch unter, dass Zivilgesellschaft, Politik, Sicherheitsbehörden und Medien sich mittlerweile besser auf die Angriffe von rechts eingestellt haben. Und dass die Demokratie ihre Wehrhaftigkeit keineswegs verloren hat.

Die Strömung der Neuen Rechten profitierte seit 2015 davon, dass über das Großthema Migration gestritten wurde. Der Erfolg ihres parlamentarischen Arms, der AfD, beruhte auch darauf, dass die vermeintliche Alternative für Deutschland nicht nur als Partei wahrgenommen wurde, sondern als Teil einer neuen sozialen Bewegung, die ein eigenes Lebensmodell anzubieten hatte – eine Art Gegen-1968. Es entstand eine sich als patriotisch verstehende Parallelgesellschaft mit einem Netzwerk aus über 180 Stiftungen, Vereinen, Influencern, Denkfabriken, Verlagen, einer Gewerkschaft, Frauen- und Jugendbewegung – und sogar einer eigenen Flüchtlingshilfsorganisation.

Doch die Neuen Rechten spüren zunehmend Gegenwind. Ausländische Großkonzerne, antisozialistische Basisgruppen, unterschiedlichste Medien sowie konservative Politiker und Beamte haben oft überraschende Allianzen gebildet und sich zu entschiedenerem Widerstand formiert. Nach Jahren der Hilflosigkeit, so scheint es, beginnt die Gesellschaft einen Umgang mit der Bewegung zu finden, der sie nicht wie noch bis vor Kurzem weiter stärkt, sondern schwächt.

Riefen Internetnutzer Anfang Juli bestimmte Namen oder Kanäle bei YouTube, Facebook, Twitter, TikTok oder Spotify auf, wurde ihnen mitgeteilt: »Dieser Account ist vorübergehend eingeschränkt«. Große amerikanische und chinesische

Digitalkonzerne hatten fast zeitgleich Konten rechtsextremer Gruppen wie das der Identitären Bewegung, der neurechten PR-Agentur Ein Prozent oder des identitären Rappers Chris Ares gesperrt. Dieser zog sich wenige Wochen später ganz aus der rechtsextremen Szene zurück.

Im Dezember 2018 begann das Bundesamt für Verfassungsschutz viele dieser Organisationen und Personen zu beobachten. Auch das größte Medium der Neuen Rechten, das Compact-Magazin, oder das Institut für Staatspolitik, ein Thinktank unter der Leitung des neurechten Strategen Götz Kubitschek, sind seit einigen Monaten Extremismus-Verdachtsfälle des Inlandsgeheimdienstes. Nach dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) im vergangenen Jahr wurde der Druck auf die Neue Rechte erhöht. Der mutmaßliche Täter Stefan E. hatte sich nach eigenen Angaben auf AfD-Demonstrationen radikalisiert, bei seinem Komplizen wurde einschlägige Literatur aus Kubitscheks Verlag gefunden.

Dass der Verfassungsschutz nun V-Leute auf Führungsfiguren der Szene ansetzt und Telefon- sowie Internetkommunikation überwachen kann, hat etliche Funktionäre zutiefst verunsichert. Zahlreiche Parlamentarier in Bund und Ländern verlassen derzeit die AfD. Die Verfassungsschützer erleben einen »regen Zulauf von AfD-Mitgliedern«, die über die Umtriebe innerhalb der Partei auspacken wollen, berichtete der Berliner *Tagespiegel*. Die bei der Beobachtung gewonnenen Erkenntnisse, zum Beispiel über die Neonazi-Vergangenheit des ehemaligen Bundesvorsitzenden Andreas Kalbitz, stürzten die Partei in ihren bisher größten Richtungsstreit.

Hinzu kommen mehrere Parteispendenskandale sowie die Äußerungen des ehemaligen Sprechers der Bundestagsfraktion, Christian Lüth, man könne Migranten »vergassen« oder »erschießen«. Lüth wurde offenbar lange von der Partei gedeckt. Nicht zuletzt wegen dieser Vorfälle hat die AfD laut einer aktuellen Umfrage im Osten erheblich an Zustimmung verloren, rutschte innerhalb eines Jahres von Platz eins auf drei in der Wählergunst ab. Die Umfragewerte im Bund fielen auf unter zehn Prozent.

Aber auch der Kurswechsel bei den etablierten Parteien zeigte Wirkung. Im November 2019 gab das Konrad-Adenauer-Haus eine Arbeitshilfe über die »Anti-Deutschland-Partei« heraus, die CDU-Politikern auf allen Ebenen eine »klare Kante und schärfste Abgrenzung« zur AfD vorgibt.

Jahrelange bürgerschaftliche Proteste gegen das Hauptquartier der Identitären in Halle führten zur Schließung dieses »Leuchtturmprojektes« der Szene im Mai 2020. Auch in Cottbus regte sich Protest, als dort mithilfe neurechter Strategen die Protestbewegung »Zukunft Heimat« angeschoben und ein »patriotischer Infoladen«, die sogenannte Mühle, gegründet wurde. Ziel war es, die »Wutbürger« der

Montagsdemos zur AfD zu führen wie einst in Dresden, wo mit Pegida der Aufschwung der Neuen Rechten begann. Doch der Infoladen ist seit Ende Mai Geschichte. Das Haus, in dem er untergebracht war, wurde verkauft. »Ich habe den Mietvertrag aus politischen Gründen nicht verlängert«, sagt der neue Hausbesitzer aus Berlin der *ZEIT*. Als Eigentümer habe er kein Interesse an Rechtsextremen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden. »Man muss sich ja noch im Spiegel anschauen können.« Das Ladengeschäft steht – gegen seine wirtschaftlichen Interessen – nun erst einmal leer.

Solche Geschichten hört man derzeit aus vielen Teilen des Landes. Ein CDU-Bürgermeister aus Thüringen bedauerte öffentlich sein früheres Verhalten und erklärte sich zum Vorkämpfer gegen Rassismus. Der Stadtrat von Bischofswerda in Sachsen stellte sich gegen die Errichtung eines neurechten Jugendzentrums mit Kampfsportschule. Als Chris Ares, der rechtsextreme Rapper, in Bautzen einen Laden mit Film- und Tattoostudio eröffnen wollte, positionierte sich der SPD-Oberbürgermeister prompt gegen diese Pläne.

Die demokratischen Gegenproteste sind vielleicht nicht so laut wie Pegida – aber größer. Zu den #Unteilbar-Demos, dem »AfD wegbassen«-Fest und den »Wir sind mehr«-Konzerten kamen insgesamt über 400.000 Menschen. Das Engagement für andere progressive Themen wie die Agrarwende, mehr Klimaschutz oder Antirassismus, der Widerstand gegen Braunkohleabbau oder die Polizeigesetze ist dabei noch gar nicht berücksichtigt. Gerade junge Menschen erkennen offenbar immer mehr, dass eine offene, plurale und liberale Demokratie nicht selbstverständlich ist und ihre Werte immer wieder neu verteidigt werden müssen.

Die Neue Rechte hingegen hat weitere Rückschläge zu verkraften. So gelang es ihr bisher nicht, die Demonstrationen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen strategisch zu steuern und für sich zu vereinnahmen. Bei Pegida in Dresden laufen derzeit gerade mal noch tausend patriotische Spaziergänger mit. Neurechte Projekte leiden darunter, keine neuen Aktivisten mobilisieren zu können. Einige Probleme der Strömung sind hausgemacht. Eine als »Patrioten-Tinder« großspurig angekündigte App wird seit Monaten nicht fertig. Ein neues Jugendportal scheiterte schon beim Start. Und ein Dorf für rechte Familien ist bisher genauso Ankündigung geblieben wie das »Großprojekt«, bei dem Geldgeber in Immobilien für neurechte Zentren investieren sollten. Die Szene, so scheint es, verliert ihre Kampagnenfähigkeit.

Die Logik der immer krasser Zuspitzung stößt an ihre Grenzen. Zuerst wollte die Neue Rechte die soziale Frage für sich instrumentalisieren – mit eigener Gewerkschaft, mit Politikern, die sich als Kohle-Kumpel inszenierten, mit einem »patriotischen 1. Mai« und einem neurechten Wirtschafts-magazin. Später versuchte man, das Thema Klima-

wandel zu vereinnahmen. Die AfD-Fraktionen holten Vertreter eines Thinktanks, der von Menschen verursachte Erderwärmung leugnet, in ihre Mitarbeiterstäbe, eine Influencerin sollte als »Anti-Greta« aufgebaut werden. Doch diese Narrative verfangen in der Mehrheitsgesellschaft ebenso wenig wie die Propaganda von den »Messermännern«, den angeblich per se kriminellen Migranten.

Eine besonders aufwendige Aktion endete in einem Fiasko für die Rechtsextremen: Identitäre hatten 2017 ein Schiff im Mittelmeer mit tamilischer Besatzung gechartert, um Hilfsorganisationen daran zu hindern, Geflüchtete in Seenot zu retten, und als »Schlepper« zu denunzieren. Stattdessen gerieten die Identitären selbst unter den Verdacht der Schlepperei – weil einige tamilische Seeleute in Zypern Asyl beantragt hatten.

Natürlich bedeutet all das nicht, dass die Gefahr für die Demokratie gebannt ist. Auch wenn die Strategen des Rechtsrucks in der Krise sind, ist ihr Geist längst in nahezu alle Bereiche des Lebens gekrochen. Aus der Verrohung der Sprache und der Herabsetzung von Menschen ist längst physische Gewalt geworden: Dafür stehen nicht nur die Anschläge von Halle, Hanau und der Fall Lübcke. Erst am vergangenen Wochenende wurde dies wieder deutlich, als ein Mann in Hamburg einen jüdischen Studenten mit einem Spaten schwer verletzte. Seit Jahren verüben Rechtsextreme in Berlin-Neukölln Anschläge auf politische Gegner. Die Regelmäßigkeit, mit der sie das tun können, ist ebenso skandalös wie die Selbstverständlichkeit, mit der manche Polizisten und Soldaten sich mittlerweile in rechtsextremen Chatgruppen austauschen. Besorgniserregend sind auch die rechten Terrorgruppen, die in den vergangenen Jahren enttarnt wurden, bevor sie zuschlagen konnten. Sie alle belegen ein neues Selbstbewusstsein einer kleinen gewaltbereiten, extremen Minderheit. Die Grenzen des Denk-, Sag- und Machbaren wurden verschoben. Selbst wenn die Neue Rechte weiter an Strahlkraft verlieren sollte, wird es wohl Jahre dauern, bis sich diese Grenze wieder in moralischen Linien einpegelt, die eine Mehrheit für angemessen hält.

Rechtsradikale haben sich in der gesamten westlichen Welt im politischen Betrieb festgesetzt, in Brasilien ebenso wie in den USA. Eine relevante rechtspopulistische Kraft wird wohl in Zukunft zum Parteienspektrum dazugehören wie eine linke oder neoliberale Kleinpartei.

Die Frage ist nur, wie viel Wirkungsmacht die Mehrheit ihr zugesteht. Jede Talkshow-Runde, jeder Leitartikel, jeder Satz über sie in der Rede eines demokratischen Politikers, jeder Facebook-Kommentar gegen eine neue rassistische Entgleisung hat die Neue Rechte eben immer auch größer gemacht, als sie in der Realität jemals war. Nun setzt sich vielerorts offenbar eine andere Strategie durch: Vor Ort die Logistik der Neuen Rechten auszuhebeln ist besser als Daueralarm in den Medien.

www.zeit.de/vorgelesen

AfD, Identitäre, Pegida: Der Aufstieg der Neuen Rechten schien lange Zeit unauffällig. Doch nun formiert sich in der Gesellschaft breiter Widerstand – vor allem an Orten, an denen man ihn kaum erwartet hätte

VON CHRISTIAN FUCHS

ANZEIGE

»EIN FEUERWERK AN FAKTEN, QUELLEN UND ARGUMENTEN.«

JOSEF KRAUS, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes a. D.

THILO SARRAZIN
DER STAAT AN SEINEN GRENZEN

Über Wirkung von Einwanderung in Geschichte und Gegenwart

SPIEGEL Bestseller

LMV

www.thilo-sarrazin.de

Überall, wo es gute Bücher gibt.

LMV

26.00 €